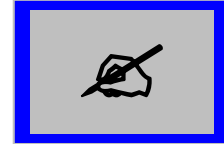


Lösungshinweise zu Kapitel 4:

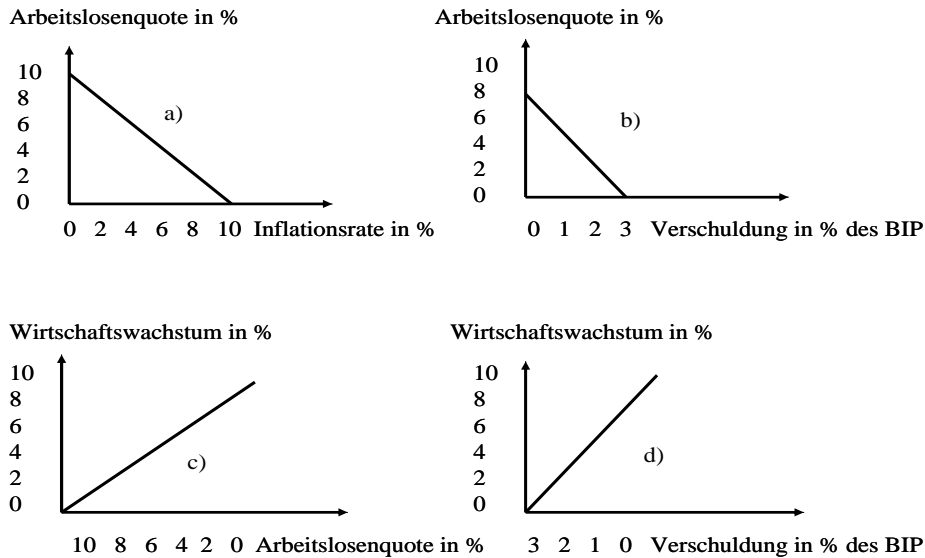


Fallbeispiel 4.1: Magisches Viereck (0)

Lösungshinweise:

- a) Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz besagt, dass die Entscheidungsträger bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beachten sollen. „Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“
- b) Das hat nichts mit Zauberei, Astrologie oder Aberglauben zu tun ("magia" ist lateinisch und heißt "Zauberei"). Vielmehr soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es eine hohe Kunst ist, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Alle Ziele sind voneinander abhängig und beeinflussen sich gegenseitig. So hat beispielsweise eine restriktive Geldpolitik der Zentralbank (durch hohe Zinsen) zwar einen günstigen Einfluss auf die Preisniveaustabilität, gleichzeitig behindern die hohen Kapitalkosten aber gegebenenfalls Konjunktur und Wachstum. Wenn eines der Ziele nicht erreicht ist, wird es also schwierig sein, ein anderes Ziel sicherzustellen. Es ist aber auch ein umgekehrt Zusammenhang möglich. Ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit gering, wird vermutlich auch die Wirtschaft wachsen.
- c) Quantifizierung:

Ziel	Quantifizierung
Stabilität des Preisniveaus	Inflationsrate (Verbraucherpreisindex)
Hoher Beschäftigungsstand	Arbeitslosenquote
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	Außenbeitrag gemessen am BIP
Stetiges angemessenes Wachstum	Wachstum des realen BIP

Fallbeispiel 4.2: Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik (++)
Lösungshinweise:


Zwischen den Zielen Senkung der Arbeitslosenquote und Preisniveaustabilität kann ein Zielkonflikt entstehen, wenn das Beschäftigungsziel durch zusätzliche Staatsausgaben erreicht werden soll (Situation a). Auch ist denkbar, dass geringere Arbeitslosenquoten aufgrund der knapper werdenden Arbeitskräfte mit höheren Lohnabschlüssen einhergehen, die in der Folge zur Anhebung der Güterpreise führen.

Die Verringerung der Arbeitslosenquote kann durchaus auch zu einer Erhöhung der Staatsverschuldung führen, wenn dies z.B. durch höhere Staatsausgaben erreicht werden soll. In diesem Fall liegt ein Zielkonflikt vor (Situation b). Eine Zielharmonie liegt hingegen vor, wenn die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu höheren Steuereinnahmen führt und in der Folge die Staatsverschuldung reduziert werden kann (hier nicht eingezeichnet).

Ein höheres Wirtschaftswachstum kann zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führen. In diesem Fall liegt eine Zielharmonie vor (Situation c). Der gleiche Sachverhalt liegt vor, wenn das Wirtschaftswachstum zu Steuermehreinnahmen führt, die in der Folge zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt werden (Situation d).

Fallbeispiel 4.3: Ordnungs-, Prozess- und Strukturpolitik (0)
--

Lösungshinweise:

- 1) Der Gegenstand der Ordnungspolitik ist die Gestaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung. Ordnungspolitische Maßnahmen bestimmen die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, sie werden nur in großen Zeitabständen ergriffen. Ordnungspolitische Entscheidungen haben häufig Verfassungsrang

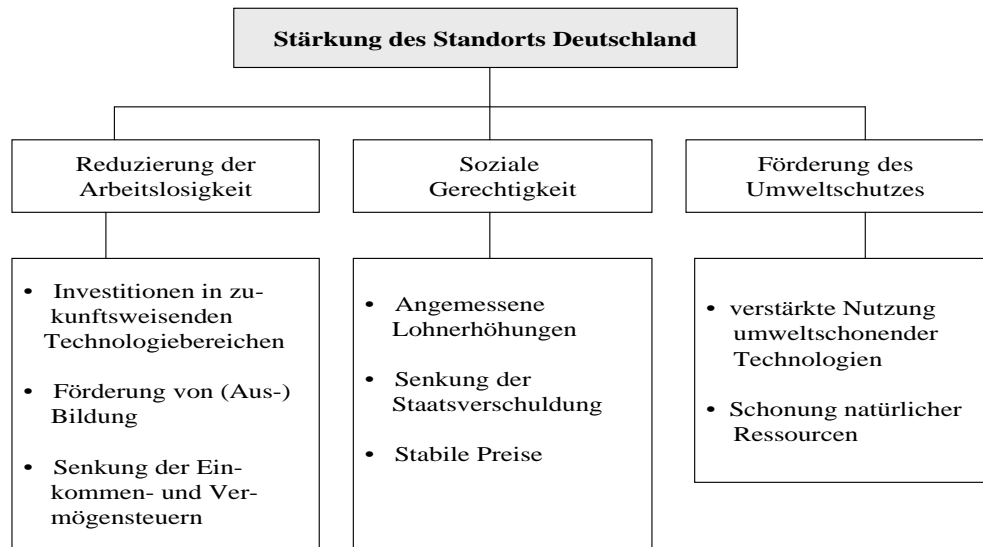
Prozesspolitik hingegen greift direkt in einzelne Wirtschaftsabläufe ein und versucht so, das Wirtschaftsgeschehen zeitnah und sehr konkret zu steuern. Prozesspolitische Eingriffe werden, anders als ordnungspolitische Maßnahmen, häufig vorgenommen. Sie verändern die ökonomischen Prozesse direkt, und es werden Instrumente eingesetzt, deren Wirkungen sich statistisch erfassen lassen. Überwiegend handelt es sich hier um eine Niveausteuern gesamtwirtschaftlicher Größen und nicht um die Steuerung auf einzelwirtschaftlicher Ebene.

Strukturpolitik bezeichnet politische Maßnahmen verschiedener staatlicher Ebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen), die das Ziel verfolgen, die vorhandene Wirtschaftsstruktur so zu beeinflussen bzw. zu verändern, dass sie wirtschaftliche Veränderungen bewältigen. Die erforderliche Veränderung, Modernisierung oder Anpassung kann sich auf einzelne Industrien oder Branchen (sektorale Strukturpolitik) oder bestimmte Regionen (regionale Strukturpolitik) beziehen. Strukturpolitik wird durch prozesspolitische Maßnahmen umgesetzt.

2)

Begriff	Ordnung	Prozess	Struktur
Wettbewerbsrecht	X		
Investitionszulagen		X	X
Notenbankzinsen		X	
Steuern		X	X
Verbraucherschutz	X		
Notenbankautonomie	X		
Wechselkurspolitik		X	

- 3) Viele ordnungspolitische Maßnahmen sind langfristig ausgerichtet. Veränderungen des ordnungspolitischen Rahmens sind eher selten und wirken sich zudem eher langfristig aus. Die Prozess- bzw. Strukturpolitik nimmt hingegen direkt Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Krisenbranchen bieten beispielsweise der Politik eine gute Möglichkeit, ihr Handeln unter Beweis zu stellen.

Fallbeispiel 4.4: Konsistenz wirtschaftspolitischer Zielsysteme (++)
Lösungshinweise:


Das Zielsystem ist wenig operationalisiert. Operationalität bedeutet, dass die Ziele nach Zielinhalt, Zielausmaß, Zeitbezug und Zuständigkeit so genau wie möglich definiert sein müssen. Zwar ist der Zielinhalt definiert, nicht aber die anderen Dimensionen. Fraglich ist auch, was unter Stärkung des Standorts Deutschland zu verstehen ist.

Durch die Anordnung der Ziele in einem Zielsystem ist die Rangordnung der Ziele festgelegt, wobei die Ziele einer Stufe als gleichrangig aufzufassen sind. Es stellt sich die Frage, ob die Ziele widerspruchsfrei formuliert worden sind, ob z.B. ein Zielkonflikt zwischen den Zielen Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Förderung des Umweltschutzes besteht. Im vorliegenden Fall sind vor allem Widersprüchlichkeiten zwischen der zweiten und dritten Zielebene sowie zwischen einzelnen Zielebenen zu sehen. Wir betrachten dazu drei Beispiele:

- Sollen Investitionen in zukunftsweisenden Technologiebereichen die Arbeitslosigkeit reduzieren, müssen die bisher Arbeitslosen vor allem die erforderliche Qualifikation besitzen. Darüber hinaus können Rationalisierungseffekte durchaus auch zu einer Verringerung der Beschäftigtenzahl führen.
- Der Vorschlag sieht eine Förderung von (Aus-)Bildung, Senkung von Steuern und Senkung der Staatsverschuldung vor. Völlig unklar ist, wie dieses Maßnahmenbündel zu finanzieren ist.
- Investitionen in zukunftsweisenden Technologiebereichen und zur Umweltschonung setzen unternehmerisches Kapital voraus. Fallen Lohnerhöhungen zu „üppig“ aus, können derartige Investitionen unterbleiben.

Das Zielsystem ist damit zwar auf den ersten Blick übersichtlich und vollständig definiert. Die Überprüfbarkeit scheitert jedoch an den unpräzisen Formulierungen und fehlenden Verantwortlichkeiten. Unklar ist auch, ob die Durchsetzbarkeit der Ziele überhaupt im Rahmen der vorhandenen Wirtschaftspolitik möglich ist. So bleibt z.B. zu berücksichtigen, dass die für die Ziele Verantwortlichen autonom handeln können, u.a. die Regierung primär für die Staatsfinanzen, die Zentralbank für stabile Preise und die Tarifpartner für „angemessene Lohnerhöhungen“ verantwortlich sind.

Fallbeispiel 4.5: Wirtschaftspolitische Denkschulen und Konzepte (+)
Lösungshinweise:

1)

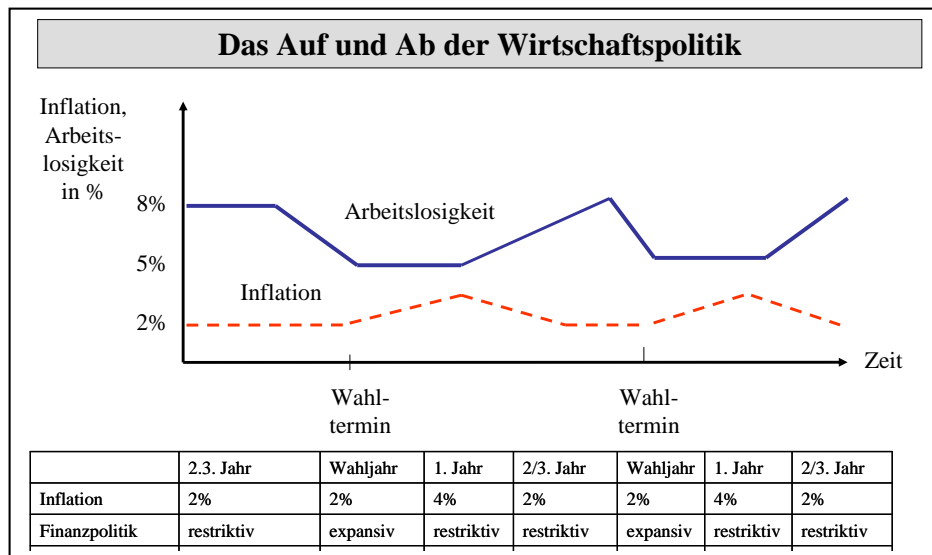
Kriterium	Angebotspolitik	Nachfragepolitik
Zeithorizont	langfristig	kurz-, mittelfristig
Stabilität des privaten Sektors	gegeben	nicht gegeben
Staatsauffassung	Setzung geeigneter Rahmenbedingungen	bewusstes antizyklisches Gegensteuern
Instrumenteneinsatz	regelgebunden, verstetigend	diskretionär (fallweise)

2)

Position	(1)	(2)
„Der Staatsanteil muss auf deutlich reduziert werden“.		X
„Das andauernde Hin und Her in der Wirtschaftspolitik verunsichert die Wirtschaftssubjekte“.		X
„In der Rezession sind Zinssenkungen unumgänglich“.	X	
„Eine Absenkung der Einkommensteuern ist ein geeignetes Mittel, um die Konjunktur bzw. das Wachstum zu beleben“.	X	X
„In der Rezession soll sich der Staat verschulden“.	X	

Fallbeispiel 4.6: Politischer Konjunkturzyklus (+)
Lösungshinweise:

1)



2) Ein politischer Konjunkturzyklus ist eher unwahrscheinlich. Folgende Einwände sind denkbar:

- Es gibt verteilte Verantwortlichkeiten. Eine Regierung kann die Notenbank bei vorliegender Autonomie nicht zu bestimmten geldpolitischen Maßnahmen zwingen, z.B. Zinssenkungen vor einer Wahl, um die Arbeitslosigkeit zu senken.
- Die Maßnahmen müssen sofort wirken, d.h. es dürften keine Verzögerungen auftreten. Zudem muss bekannt sein, in welcher Konjunkturphase sich eine Ökonomie befindet.
- Wähler haben unterschiedliche Präferenzen bezüglich Beschäftigungs- und Inflationsziel.
- Volkswirtschaftliche Aggregate müssen zuverlässig steuerbar sein und das Beschäftigungs- bzw. Inflationsziel müssen inländische Ursachen haben.
- Ein rational denkender Wähler erkennt die Absichten der Regierung und erkennt wahltaktische Manöver. Dies heißt aber nicht, dass es keine wahltaktischen Entscheidungen hinsichtlich wirtschaftspolitischer Themen gibt.

Fallbeispiel 4.7: Wirtschaftspolitische Entscheidungsträger und Instrumente (+)
--

Lösungshinweise:

1)

Ziel	Entscheidungsträger
Wirtschaftswachstum	Regierung durch Rahmenbedingungen (u.a. Finanzpolitik), Notenbank durch Preisniveaustabilität, Tarifpartner durch „vernünftige“ Lohnabschlüsse
Umweltschutz	Regierung durch Rahmenbedingungen (u.a. Umweltpolitik); Unternehmen und Bevölkerung durch Verhalten
Gerechte Einkommensverteilung	Regierung durch Rahmenbedingungen (u.a. Steuerpolitik); Tarifpartner durch Lohnpolitik
Sichere Arbeitsplätze	Es gibt keine direkt Verantwortlichen, da sichere Arbeitsplätze nur dann geschaffen werden können, wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig sind.

2)

Instrument	Eingriffsintensität	Qualitativ/Quantitativ
Umweltauflagen	hoch	qualitativ, quantitativ möglich
Einkommensteuer	mittel (Induzierung)	quantitativ (%-Satz)
Lohnhöhe	gering (Abstimmung)	quantitativ (%-Satz)
Deregulierung	hoch	qualitativ

3)

Folgende Anforderungen:

- Die Regel muss einfach sein, d.h. nachvollziehbar für die Öffentlichkeit und gegebenenfalls für die Gerichte, wenn Verstöße geahndet werden sollen.
- Die Regel muss auf ein konkretes Ziel ausgerichtet sein. Sie darf nicht Selbstzweck sein.
- Die Regel muss auf eine stabile Beziehung zwischen den einschlägigen ökonomischen Aggregaten abstellen (z.B. die Quantitätsgleichung).

4)

Eine verhaltensinduzierende Maßnahme muss allfällige Anreizwirkungen auf die Marktteilnehmer haben, denn ansonsten kann das angestrebte Ziel in das Gegenteil verkehrt werden. Dieser Sachverhalt ist als Kobra-Effekt verfehlter Politikanreize bekannt. Er wurde durch das gleichnamige Buch des Ökonomen Horst Siebert bekannt, in dem die Folgen falscher Anreize für die Wirtschaft dargestellt wurden. Die Bezeichnung geht auf ein historisches Ereignis in Indien zurück. Ein britischer Gouverneur wollte einer Kobraplage Einhalt gebieten, indem er ein Kopfgeld auf jedes erlegte Exemplar aussetzte. Dieses Konzept funktionierte zunächst gut, denn es wurden viele tote Schlangen abgeliefert. Jedoch wurde deren Anzahl nicht gemindert, da die Bevölkerung dazu überging, Kobras zu züchten und zu töten, um weiterhin von der Prämie zu profitieren. Als das Kopfgeld nach einem gewissen Zeitraum wieder aufgehoben wurde, ließen die Züchter die Tiere frei, da sie keine Verwendung mehr für sie hatten. Dadurch hatte sich dank (indirekter) staatlicher Förderung die Zahl der Kobras vervielfacht.